

D-07 Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror

Gremium: Bundesvorstand / Karl-Wilhelm Koch u.a.
Beschlussdatum: 23.11.2023
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober sind eine Zäsur. Terroristen
- 2 haben auf
- 3 brutale und bislang unvorstellbare Weise weit über tausend Menschen ermordet und
- 4 über 240
- 5 Geiseln genommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilt diesen Terror aufs Schärfste.
- 6 Wir stehen
- 7 nach diesen fürchterlichen Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger*innen. Wir
- 8 trauern mit den Angehörigen der Opfer. Wir zollen all denen Respekt, die in diesen
- 9 schweren
- 10 Stunden Menschen gerettet, Verwundete versorgt, Hinterbliebene betreut und Leichen
- 11 geborgen
- 12 haben, um diese in Würde bestatten zu können. Wenn heute, 75 Jahre nach der
- 13 Staatsgründung
- 14 Israels und rund 80 Jahre nach dem Holocaust, Jüdinnen und Juden in Israel aufs Neue
- 15 um ihr
- 16 Überleben und ihre Sicherheit fürchten, dann muss Deutschland seine ungeteilte und
- 17 unverbrüchliche Solidarität mit und Unterstützung für Israel und seine Bürger*innen
- 18 deutlich
- 19 machen. Israels Sicherheit ist Teil der deutschen Staatsräson und Leitmotiv unseres
- 20 Handelns.
- 21 Diese besondere Beziehung zu Israel begründet sich aus unserer historischen
- 22 Verantwortung.
- 23 Der Staat Israel ist drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet worden,
- 24 nachdem
- 25 das nationalsozialistische Deutschland sechs Millionen Jüdinnen und Juden systematisch
- ermordet hatte. Seitdem bietet Israel eine nationale Heimstätte und einen sicheren
- Hafen für
- das jüdische Volk. Das Existenzrecht Israels ist für uns deshalb genauso unverhandelbar
- wie
- die Sicherheit von Jüdinnen und Juden.
- Israel hat wie jeder andere Staat das völkerrechtlich verbrieftete Recht, sich gegen diese
- Angriffe im Rahmen des humanitären Völkerrechts zu verteidigen, und die israelische
- Regierung die Pflicht, ihre Bürger*innen dauerhaft zu schützen. Seit den Terrorangriffen
- vom
7. Oktober führt Israel deshalb als Reaktion Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen.
- Darunter
- leidet die palästinensische Zivilbevölkerung. Tausende Zivilist*innen, darunter
- zahlreiche
- Kinder, sterben durch den Krieg. Es ist auch Teil des zynischen Kalküls der Terroristen,
- denn die Hamas missbraucht die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilder

und
26 versteckt ihre Kämpfer und Waffen in und unter ziviler Infrastruktur. Wir setzen uns
27 vehement für die Freilassung aller von der Hamas verschleppten Geiseln sowie für
Feuerpausen
28 und sichere Korridore ein, damit Hilfslieferungen bei Menschen in Not ankommen
können. Dazu
29 gehört es auch, die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Trinkwasser, Nahrungsmitteln,
30 Medikamenten und Energie zuzulassen. Schwerkranke und Schwerverletzte müssen
31 schnellstmöglich in Krankenhäuser im benachbarten Ausland überführt werden können.
Auch der
32 Raketenterror der Hamas und anderer extremistischer Gruppen muss sofort
unterbunden werden.

33 Für Israel gilt wie für alle Staaten der internationalen Gemeinschaft das völkerrechtliche
34 Gebot der Verhältnismäßigkeit. Wir begrüßen die Resolution des UN- Sicherheitsrats, die
35 Konfliktparteien zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts aufzufordern und
besonders
36 durch ausgedehnte humanitäre Pausen den Schutz der Zivilbevölkerung zu
gewährleisten. Nur
37 durch eine zumindest begrenzte Einstellung der militärischen Aktivitäten wird eine
38 ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen möglich
sein. Zur
39 deutschen Staatsräson gehört aber gegebenenfalls auch militärische Unterstützung für
die
40 Sicherheit Israels und seiner Bürger*innen.

41 In Gaza ereignet sich eine humanitäre Katastrophe. Den Menschen fehlt es an allem,
was es
42 zum Überleben braucht: Wasser, Grundnahrungsmittel, medizinische Hilfe. Mindestens
eine
43 Millionen Palästinenser*innen sind auf der Flucht. Wir danken den Freiwilligen und
44 Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen, die ihr Leben riskieren, um Menschen in Not
zu
45 versorgen. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung die Mittel für humanitäre Hilfe für
Gaza
46 erhöht hat. Diese Hilfe gilt es, langfristig fortzuführen und zu intensivieren. Damit sie
47 bei den notleidenden Menschen ankommt, braucht es dauerhaften und sicheren
humanitären
48 Zugang.

49 Das Leben in Gaza war bereits vor dem aktuellen Krieg von Armut und
Perspektivlosigkeit
50 geprägt. Verantwortlich dafür war in erster Linie die menschenverachtende Herrschaft
der
51 Hamas. Auch verschiedene ägyptische und israelische Regierungen haben durch ihre
Politik die
52 wirtschaftliche Entwicklung von Gaza erschwert. Mittel- und langfristig braucht es
neben
53 einer politischen auch ökonomische Perspektiven für den Gazastreifen, um dauerhaft
54 menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen. Nach dem Ende des Konflikts setzen
wir uns

55 für ein Ende der Politik der Abriegelung des Gazastreifens unter Wahrung der
israelischen
56 Sicherheitsinteressen ein. Wir fordern eine koordinierte Wiederaufbauhilfe für den
57 Gazastreifen, an der sich auch die EU beteiligen soll. Wir fordern eine aktive Rolle der
58 Vereinten Nationen in den Bemühungen um die Schaffung und Sicherung von Frieden in
der
59 Region.

60 Die Reaktion Deutschlands, der Europäischen Union und unserer Verbündeten auf
diesen Krieg
61 wird weltweit genau beobachtet. Unser Einsatz für den Schutz aller Zivilist*innen und
das
62 humanitäre Völkerrecht wird gebraucht. Kein Konflikt beschäftigt und spaltet die
63 Weltgemeinschaft derzeit so wie der in Nahost. Darum schauen unsere engsten
Verbündeten
64 genauso wie unsere Partner in Lateinamerika, Afrika und Asien genau darauf, wie wir
uns
65 verhalten. Umso wichtiger ist unser humanitäres Engagement und unser Einsatz für die
Geltung
66 des humanitären Völkerrechts. Das konsequente und glaubwürdige Eintreten für das
67 internationale Recht und eine regelbasierte Weltordnung ist Voraussetzung für die
68 erfolgreiche Zusammenarbeit vor allem mit den Menschen und Staaten im Globalen
Süden und der
69 arabischen Welt.

70 Wir müssen aber auch schon jetzt über den Tag danach nachdenken, um die Sicherheit
Israels
71 und das friedliche Zusammenleben im Nahen Osten auch für die Zukunft zu
garantieren:
72 Dauerhaften Frieden kann es nur auf politischem Wege geben. Wir setzen uns mit
Nachdruck für
73 eine verhandelte Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 ein,
bei der
74 der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer und lebensfähiger
palästinensischer
75 Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Dazu gehört eine kritische
76 Auseinandersetzung mit den Ursachen aus verschiedenen Perspektiven. Es ist unser
Ziel, dass
77 Israelis und Palästinenser*innen als Bürger*innen dieser beiden Staaten mit vollen
78 bürgerlichen, sozialen und wirtschaftlichen Rechten in Frieden und Sicherheit leben
können.

79 Wir begrüßen die Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen
Lage für
80 einen erneuten Friedensprozess einzusetzen. Auch die EU soll auf beide Seiten aktiv
81 einwirken. Dabei setzen wir uns für feministische und nachhaltige Ansätze der
Konfliktlösung
82 ein, deren Umsetzung sich an den Grundsätzen der Resolution 1325 orientiert.

83 Wir werden unseren Beitrag leisten, dass die Friedensperspektive wieder gestärkt
werden
84 kann. Darum braucht es neben unserer unverbrüchlichen Solidarität mit Israel auch
eine

85 konsequente Unterstützung pro-demokratischer palästinensischer Stimmen. Dies ist
auch eine
86 Grundlage für die Schaffung palästinensischer rechtsstaatlicher politischer
Institutionen.
87 Zu der Friedensperspektive gehört auch, dass die Palästinensische Autonomiebehörde
den
88 Terror gegen Israel klar verurteilt und dagegen vorgeht. Der fortdauernde israelische
89 Siedlungsbau, Pläne für völkerrechtswidrige Annexion und die Siedlergewalt gegen
90 Palästinenser*innen im Westjordanland lehnen wir als Hürden für den Frieden ab. Das
91 humanitäre Völkerrecht muss überall eingehalten werden. Wir wollen weiterhin mit
denjenigen
92 Kräften in Israel und Palästina solidarisch zusammenarbeiten, die sich auf beiden Seiten
für
93 Demokratie und Freiheit, Menschen- und Bürger*innenrechte und Frieden einsetzen.
94 Mit der Hamas und anderen Terrororganisationen stehen Gewaltakteure, die nie den
Frieden mit
95 Israel gewollt haben, einer politischen Lösung diametral entgegen. Die Vernichtung
Israels
96 und seiner Bürger*innen ist ein integraler Bestandteil der Ideologie und der politischen
97 Ziele von Hamas, Hisbollah und dem iranischen Regime. Deshalb fordern wir die
internationale
98 Strafverfolgung ranghoher Mitglieder von Hamas, Hisbollah und der iranischen
99 Revolutionsgarden.

100 Als größte Geldgeberin soll die EU bei ihrer Entwicklungshilfe für die palästinensischen
101 Gebiete auch den Aufbau demokratischer Institutionen und demokratischer Bildung
fördern, um
102 Hass entgegenzutreten und die Verständigung zwischen Israelis, Palästinenser*innen
und den
103 Menschen aus den umliegenden Nachbarstaaten voranzubringen.

104 Was die Hamas begonnen hat, wird von der Hisbollah, den Houthis und anderen
regionalen
105 Extremisten verstärkt. Finanzielle, militärische und ideologische Unterstützung
bekommen
106 diese vom iranischen Regime, das die Region destabilisiert und viel Leid über die
107 Bevölkerung im Nahen Osten bringt, einschließlich der Menschen im Iran selbst. Auch
deswegen
108 bekräftigen wir unsere Position, die iranischen Revolutionsgarden, die Hauptstruktur der
109 regionalen Aggression des Regimes wie der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung,
auf die
110 Terrorliste der Europäischen Union zu setzen.

111 Der Krieg hat Auswirkungen weit über Nahost hinaus. Aktuell gibt es eine erhöhte
112 Gefahrenlage für Jüdinnen und Juden und Israelis auf der ganzen Welt. Auch in
Deutschland
113 erleben antisemitische Hetze und Gewalt einen besorgniserregenden Aufschwung, der
sich auf
114 einigen Demonstrationen sowie in Angriffen auf und Drohungen gegen Jüdinnen und
Juden oder
115 Israelis, ihre Wohnungen, Läden und Einrichtungen zeigt.

116 Dieser Antisemitismus zieht sich durch alle Teile unserer Gesellschaft und ist nicht
117 vorrangig ein Problem der Einwanderungsgesellschaft. Auch Kunst und Kultur sind nicht
immun
118 gegen Antisemitismus. Diskriminierung und Boykott von Israelis, Jüdinnen und Juden
treten
119 wir daher entschieden entgegen, denn die Perspektiven jüdischer und israelischer
120 Künstler*innen sind wichtiger Bestandteil unserer vielstimmigen Kultur.

121 Fast 80 Jahre nach dem Holocaust gibt es heute vielfältiges jüdisches Leben in
Deutschland,
122 das geschützt werden muss. Jüdinnen und Juden und Israelis müssen frei und sicher in
123 Deutschland leben können – ohne die Angst, ihre Religion und Identität sichtbar zu
machen.
124 Auch das ist Teil deutscher Staatsräson. Ein Angriff auf Jüdinnen und Juden ist immer
auch
125 ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf die Menschlichkeit.
Dazu
126 gehören auch Kundgebungen, auf denen der Terrorismus der Hamas verherrlicht und
gefeiert
127 wird. Sie haben auf unseren Straßen nichts verloren. Volksverhetzung und Aufrufe zur
Gewalt
128 müssen konsequent unterbunden und zur Rechenschaft gezogen werden.

129 Um dieses Schutzversprechen einzulösen und gegen extremistische oder terroristische
130 Gruppierungen vorzugehen, braucht es gut ausgestattete Sicherheitsbehörden.
Deshalb ist es
131 auch richtig, dass Organisationen, die den Terror der Hamas unterstützen oder
verherrlichen,
132 nun konsequent verboten werden. Hetze und Gewalt müssen die volle Härte unseres
Rechtsstaats
133 als Antwort haben. Wer aber meint, das Problem des Antisemitismus ließe sich einfach
durch
134 mehr Abschiebungen lösen, verkennt, dass sich Antisemitismus durch alle Räume der
135 Gesellschaft zieht. Alle antisemitischen Straftaten und Volksverhetzung müssen
136 selbstverständlich gemäß dem geltenden Recht verfolgt werden und harte
Konsequenzen für die
137 Täter*innen haben, bis hin zu Freiheitsentzug oder dem Entzug der
Aufenthaltserlaubnis.
138 Diese Möglichkeit besteht längst.

139 Strafrecht alleine reicht aber bei weitem nicht aus. Denn der Kampf gegen den
Antisemitismus
140 ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Er muss bis in die Mitte der Gesellschaft
reichen
141 und dringend auf allen Ebenen verstärkt werden. Er muss sich gegen Antisemitismus
jeglicher
142 Art richten – sei es Antisemitismus von rechts, von links oder islamistisch motivierter.
Zu
143 diesem Kampf gehören auch eine konsequente Weiterentwicklung der Vermittlung der
Lehren der
144 Shoa sowie die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur. Dies muss auch zentraler
Bestandteil
145 von Integrationsmaßnahmen sein. Jede*r, der oder die hier lebt, muss die Shoa kennen

und die
146 Verantwortung begreifen, die sich daraus für unser Land ergibt. Zivilgesellschaftliche
147 Organisationen, die Präventions- und Bildungsarbeit gegen Antisemitismus leisten oder
148 Betroffene von antisemitischer Gewalt unterstützen und beraten, müssen gestärkt
werden. Wir
149 brauchen islamische Verbände und Vereine, welche unsere freiheitlich-demokratische
150 Grundordnung achten und strukturell, personell und finanziell in Deutschland
verwurzelt
151 sind. Für diese Verbände müssen Finanzierungsstrukturen gefunden werden.

152 Klar ist: In unserem Land darf es keinen Platz geben für pauschale Vorurteile und
153 Diskriminierung, selbstverständlich auch gegenüber Muslim*innen nicht. In
Deutschland leben
154 zahlreiche Menschen mit familiären, freundschaftlichen und emotionalen Verbindungen
in die
155 palästinensischen Gebiete und die gesamte Region. Ihre Sorge um die Menschen in
Gaza und der
156 ganzen Region, ihre Trauer um die zivilen Opfer gehören zu unserem Land und teilen
wir.

157 Das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit ist selbstverständlich auch in
der
158 aktuellen, angespannten Lage verbrieft - unter den Bedingungen, dass
Demonstrationen
159 angemeldet werden, friedlich verlaufen und die Bestimmungen des Strafrechts
eingehalten
160 werden. Dass bei Demonstrationen auch Meinungen und Standpunkte vertreten
werden, die für
161 viele an die Grenzen des Erträglichen gehen, muss eine Demokratie aushalten. Das gilt
auch
162 für die hier lebenden Palästinenser*innen sowie das Recht auf friedliche Demonstration
und
163 Solidarisierung mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen und im Westjordanland im
Rahmen der
164 geltenden Gesetze, nicht aber für öffentliche Aufrufe zu Terror und Terrororganisationen
165 oder für Antisemitismus.

166 Als Gesellschaft dürfen wir uns gerade in solchen Situationen nicht auseinandertreiben
167 lassen. Wir müssen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und ein sicheres Leben
für alle
168 ermöglichen. Demokrat*innen stehen in diesen Zeiten an der Seite Israels, sie kämpfen
gegen
169 Hass und Terror, sie setzen sich für eine friedliche und gerechte Konfliktregelung ein.